NACHRICHTEN
Österreich

06. April 2025

Förderungen für Klimaschutz: Jobs schaffen und CO2 senken – jetzt handeln!

Reformprozesse bei Klima- und Energieförderungen in Österreich zielen auf Effizienzsteigerung und Jobschaffung bis 2025.

Dolomitenstadt, Österreich - Am 6. April 2025 wurde ein umfassender Reformprozess für die Klima- und Energieförderungen in Österreich angekündigt. Ziel dieser Neuausrichtung ist eine Effizienzsteigerung der Förderungen, die angesichts einer angespannten Budgetlage unumgänglich geworden ist. Der Klima- und Energiefonds verfügte im Vorjahr über ein Volumen von 660 Millionen Euro, während die jährlichen Förderungen nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) eine Milliarde Euro betragen.

Um die Förderlandschaft gezielt zu optimieren, wird ein unabhängiges Institut beauftragt, bestehende Evaluierungen zu analysieren. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen vier Kernfragen: Wie tragen die Maßnahmen zur Erreichung der EU-rechtlichen Klimaziele bei? In welchem Ausmaß können CO2-Emissionen eingespart und Verhaltensänderungen herbeigeführt werden? Welche Wertschöpfung wird generiert und wie viele Arbeitsplätze werden geschaffen? Und schließlich, wie unterstützen die Förderungen die Reduktion der Energieimportabhängigkeit sowie die Versorgungssicherheit?

Wichtige Grundprinzipien und Ziele

Die angestrebte Reform zielt darauf ab, eine einfachere,

effizientere und transparentere Förderlandschaft zu schaffen. Die Grundprinzipien der integrierten Klima- und Energiepolitik sind insbesondere die Leistbarkeit und Planungssicherheit für Haushalte und Betriebe sowie die Sicherstellung der Versorgungssicherheit in Zeiten globaler Unsicherheiten. Zudem wird auch die ökologische Wirksamkeit für eine klimaneutrale Zukunft hervorgehoben.

Aktuell wird die Förderstruktur über mehrere Stellen abgewickelt. Hier besteht der klare Wunsch nach weniger Komplexität, mehr Wirkung und klaren Zuständigkeiten. Bis zum Sommer sollen die Fakten zu den Evaluierungen vorgelegt werden. Minister Totschnig hat zudem zugesichert, dass alle bis Ende 2024 erteilten Förderzusagen ausbezahlt werden.

EU-Politik und Klimaziele

Die EU arbeitet daran, saubere Energiequellen als Alternativen zu fossilen Brennstoffen zu entwickeln, um die Emissionen zu senken. Derzeit stammen über 20 Prozent der in der EU verbrauchten Energie aus erneuerbaren Quellen. Die Abgeordneten forderten im Dezember 2022 schnellere Genehmigungen für erneuerbare Energien wie Sonnenkollektoren und Windräder. Zudem kommen neue Förderungen für Wasserstoff und offshore-basierte Energiequellen auf.

Ein zentrales Ziel in der europäischen Klimaschutzpolitik ist es, die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen und umwelt- und klimaschädliche Aktivitäten zu reduzieren. Die EU hat sich gesetzlich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto-Null zu senken und strebt bis 2030 eine Reduktion um 55 Prozent an. Die Maßnahmen des REPower EU-Pakets unterstützen zudem die Unabhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen.

Dank dieser integrativen Strategie und den geplanten Reformen auf nationaler Ebene wird die Basis für eine nachhaltige und

klimaeffiziente Zukunft geschaffen, die sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Vorteile mit sich bringt.

dolomitenstadt.at berichtet, dass …
europarl.europa.eu berichtet, dass …
umweltbundesamt.de berichtet, dass …

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Dolomitenstadt, Österreich
Quellen	• **www.dolomitenstadt.at** • **www.europarl.europa.eu** • **www.umweltbundesamt.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at